

der DDR -, dann „hätten wir eine harte Probe zu bestehen, ob unser unbezweifelbares Bekenntnis zur Freiheit durch ausreichende Substanz demokratischen Denkens gedeckt ist.“

*So wie Adenauer von 1945 bis 1949 die antifaschistisch-demokratische Entwicklung fürchtete und deshalb Deutschland spaltete, um sich vor den Einflüssen der demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu schützen, so wendet sich jetzt die CDU gegen die Anerkennung, weil sie nicht weiß, ob ihre schönen Worte über „Freiheit durch ausreichende Substanz demokratischen Denkens gedeckt“ sind.*

In der Tat: Weder das System der Manipulierung der Menschen durch die kapitalistischen Meinungsfabriken in Westdeutschland noch die Diktatur der großen Monopole, weder das System der Notstands-diktatur noch das neue Finanzsystem, welches die Diktatur des Finanzkapitals verstärken soll, geben eine ausreichende Substanz demokratischen Denkens ab.

Um sich gegen das demokratische Aufbegehren weiter Kreise des Volkes zu sichern und um die Renazifizierung im Innern und die imperialistische Expansionspolitik nach außen durchführen zu können, hat die Regierung Kiesinger/Strauß ihre Politik in die Globalstrategie der USA eingefügt. Es ist so gekommen, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland alle Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, daß selbst solche bürgerlich-demokratische Forderungen, die schon seit 1848 auf der Tagesordnung stehen, durchgeführt werden. Das Ergebnis sind Revanchepolitik, Neonazismus, Reaktion auf allen Gebieten und permanente Krisenerscheinungen in Westdeutschland. Fürwahr: Die Spalter Deutschlands, die Organisatoren von zwei Weltkriegen, haben längst das Recht verwirkt, für die deutsche Nation zu sprechen.

Daß die westdeutschen Imperialisten nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt haben, daß sie in ihrer Blindheit erneut auf Expansionskurs gehen, zeigen ihre krampfhaften Bemühungen, sich im Interesse der Verwirklichung ihrer Revanchepolitik der ökonomischen, politischen und militärischen Hegemonie über Westeuropa zu versichern. Diesem Ziel dienen auch die jüngsten, von Herrn Hallstein in Rom veröffentlichten Pläne der Bonner Regierung, innerhalb von 12 Jahren eine westeuropäische Föderation zu bilden, in welcher die Einzelstaaten nicht nur in Ökonomischer Beziehung, sondern auch in politischer und militärischer Beziehung weitgehend auf ihre Souveränitätsrechte verzichten sollen.